

# WIDERSPRUCH

-Informationen der Bürgerallianz Thüringen-  
Dachorganisation der Thüringer Bürgerinitiativen

Ausgabe 11/2010

Mai 2010



## Inhalt dieser Ausgabe:

### Seite 1

Aufruf zur nächsten Demo  
am 19. August 2010

### Seite 2

Neuer Vorstand der Bürgerallianz

Bürgerallianz übergibt  
Gesetzentwurf

### Seite 3

Anhörung im Rahmen des  
Gesetzgebungsverfahrens zur  
Weiterentwicklung der  
Straßenausbaubeiträge

Abschaffung der  
Straßenausbaubeiträge bleibt Ziel

### Seite 4

Arnstadt und Umgebung

Liebensteiner wehren sich gegen  
Erpressung des Landes

BIZ kämpft weiter für  
sozialverträgliche  
Kommunalabgaben

Grundstückskläranlagen noch  
immer benachteiligt

Wir rufen auf zur

# DEMONSTRATION

gegen

praktiziertes Unrecht in Thüringen

für die

gesetzliche Abschaffung der Zwangs-  
beiträge bei Abwasser und Straßenbau



am 19. August um 16.00 Uhr  
vor dem Thüringer Landtag in Erfurt

*Das Volk sind Wir!*



## Kontakte:

Internetadresse der Bürgerallianz:

E-Mail des Landesvorsitzenden:

Bürgerbüro Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

Landesvorsitzender: Peter Hammen

Bestellungen unserer Zeitung "Widerspruch"

[www.buergerallianz.de](http://www.buergerallianz.de)

[peter.hammen@hotmail.de](mailto:peter.hammen@hotmail.de)

Telefon: 0361 - 3772637

Telefon: 03683 - 402048

Telefon: 036205 - 70007

# Neuer Vorstand der Bürgerallianz

**Peter Hammen**(Schmalkalden)  
**Fred Sievert**(Gotha)  
**Wolf-Dietrich Bading**(Plaue)  
**Constanze Truschzinski**(Pößneck)  
**Frank Kuschel**(Arnstadt)  
**Erik May**(Gorsleben)  
**Rainer Krumbein**(Weinbergen/Seebach)

**Günther Franke**(Bethenhausen/Gera)  
**Dietmar Losse**(Sundhausen)  
**Olaf Geyersbach**(WBG / Bittstädt)  
**Wiltraut Cott**(Eisenach)  
**Rainer Krumbein**(Weinbergen/Seebach)  
Andreas Schmidt(Leimbach/Bad Salzungen)  
Diana Kölbel(Bürgerbüro Erfurt)



## Bürgerallianz übergibt Gesetzentwurf

Die Thüringer Bürgerallianz erhöht den Druck zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge.

Hierzu hat der Dachverband der Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben jetzt einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet und den fünf Fraktionen im Thüringer Landtag und der Landesregierung übergeben. Diese sollen bis Ende Mai 2010 signalisieren, ob sie diesen Gesetzentwurf in den parlamentarischen Geschäftsgang einbringen. Sollte dies nicht geschehen, will die Bürgerallianz den Gesetzentwurf zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen.

LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

und FDP haben angekündigt, den Gesetzentwurf der Bürgerallianz aufzugreifen und im Landtag beraten zu lassen und zur Abstimmung zu stellen.

Die Landesregierung will erst im Herbst einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, der jedoch grundsätzlich an der Beitrags-erhebung festhält.

Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz enthält die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge. Im Abwasserbereich sollen künftig alle Investitionen über die Gebühren refinanziert werden. Die bereits gezahlten Abwasserbeiträge in Höhe von 800 Millionen EUR sollen mit künftigen Gebühren verrechnet werden.

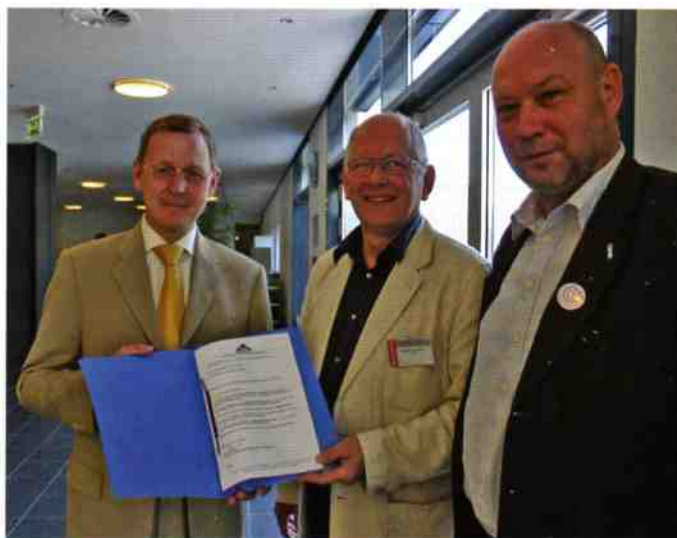
Anstelle der Straßenausbaubeiträge sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten eine so genannte Infrastrukturabgabe zu erheben. Diese orientiert sich an der Grundsteuer und wird von allen Bürgern gezahlt. Dadurch reduziert sich die finanzielle Belastung für den einzelnen Bürger erheblich.

Die Erhebung der Infrastrukturabgabe erfolgt nach dem Willen der Bürgerallianz freiwillig, vergleichbar wie in Sachsen.

Bisher eingenommene Straßenausbaubeiträge, immerhin 600 Millionen EUR thüringenweit, können von den Gemeinden an die Bürger zurückerstattet werden. Diese Rückerstattung erfolgt jedoch auch auf freiwilliger Basis.

Gerade bei den Straßenausbaubeiträgen geht es um viel Geld. Die Landesregierung will, dass diese Beiträge in allen Gemeinden und dies rückwirkend bis 1991 erhoben werden. Insgesamt geht es letztlich um nahezu 2 Milliarden EUR.

Die Bürgerallianz hält die Ausbaubeiträge, ein Finanzierungsmodell aus dem 19. Jahrhundert, für nicht mehr zeitgemäß. Diese Beiträge gibt es nur noch in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bürgerallianz zeigt mit diesem Gesetzentwurf einen Weg auf, wie Zwangsbeiträge für immer abgeschafft und die Kosten gerechter verteilt werden können.



Frank Kuschel, Arnstadt

Am 05. 12. 2009 wurde ein neuer Vorstand gewählt

Die Bürgerallianz zeigt mit dem Gesetzentwurf Wege auf, wie Zwangsbeiträge abgeschafft werden können

# Anhörung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Weiterentwicklung der Straßenausbaubeiträge

Mit dem noch in diesem Jahr zu erwartenden neuen Gesetz zur Neuregelung der Straßenausbaubeiträge will unsere Landesregierung entsprechend des Koalitionsvertrages Ruhe und Rechtssicherheit schaffen.

Um dieses umzusetzen hat erfreulicherweise das Thüringer Innenministerium zu einer breiten Diskussion über die Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts in Thüringen aufgefordert. Bei mehreren Terminen im Innenministerium und im Landesverwaltungsamt wurden alle Betroffenen und deren Interessenvertreter, die eine Stellungnahme abgeben haben, gehört.

Die Bürgerallianz hatte eine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

Diese Anhörungen wurden von den Vorstandsmitgliedern der Bürgerallianz mit vielen Wortmeldungen intensiv genutzt, um unseren Standpunkt ausführlich und nachdrücklich klarzumachen. Bei der vorläufig letzten Anhörung im Hörsaal des Landesverwaltungsamtes am Montag, 03.05.2010 mit vielen Vertretern

von Bürgerinitiativen, der Bürgerallianz Thüringen e.V. und einigen Vertretern aus Kommunen fand ein nichtöffentlicher Dialog statt. Nach dem Innenministerium soll die Gesetzesänderung bürgerfreundlicher werden und dem Land Thüringen kein zusätzliches Geld kosten.

In dem konstruktiven und sachlichen Dialog wurden folgende Positionen von vielen Diskussionsrednern vorgetragen:

-Eine rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für alle Straßenausbaumaßnahmen bis ins Jahr 1991 wird abgelehnt und auf die bei Erhebung entstehenden neuen Probleme hingewiesen

-Die Bürgermeister von Gemeinden, die infolge solider Haushaltsführung und Gewerbesteuererhöhungen noch keine Beiträge von ihren Bürgern verlangt haben, lehnen eine zwangsweise Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ab. Sie berichteten, dass Kommunen ohne Zwangsbeiträge eine deutlich niedrigere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen, als Kommunen welche Straßenausbaubeiträge erheben.

-Die Voraussetzung für eine Beitragserhebung, der besondere Vorteil wird von fast allen bestritten.

-die Beseitigung der vielen Ungerechtigkeiten infolge der Beitragserhebung ist nur durch eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge möglich.

-Die Vertreter von Bürgerinitiativen erläuterten aus ihrer Sicht die Auswirkungen von Straßenausbaubeiträgen auf die Wirtschaftslage der betroffenen Grundstückseigentümer.

-Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen kann bis zum Ruin von Hauseigentümern führen.

-Viele Hauseigentümer sind wirtschaftlich nicht in der Lage ihre Wohngebäude zu sanieren und eine energetische Ausstattung für die Zukunft vorzunehmen.

Straßen sind Allgemeingut und werden von allen genutzt, so sollte deren Ausbau und die Erhaltung von Straßen auch Aufgabe der Allgemeinheit sein. Dazu brauchen die Kommunen eine solide und sichere Finanzausstattung und Bürger klare, sie nicht überfordernde Regelungen der Beteiligung und Mitbestimmung.

Constanze Truschzinski  
Wolf-Dietrich Bading

Die Erhebung Straßenausbaubeiträgen will die Landesregierung neu regeln und bis Jahresende einen neuen Gesetzentwurf vorlegen, der Ruhe und Rechtsfrieden schaffen soll.

## Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen bleibt Ziel

Die Forderung nach Abschaffung von Zwangsbeiträgen zur Herstellung von Abwasseranlagen und kommunalen Straßen bleibt Ziel vieler Bürgerinitiativen in Thüringen. Der von der Bürgerallianz Thüringen e.V. eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes in Thüringen wird als Einstieg in den Ausstieg aus einem überholten, willkürlichen Beitragsrecht unterstützt.

Der Einladung von der „Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.“ (BIRSO) und der Sozialen Initiative Pöbneck zur Informationsveranstaltung zum Thema Straßenausbaubeiträge (SAB) waren Vertreter der Bürgerinitiativen aus Hirschberg, Gefell, Kahla und Gößnitz, der Bürgerallianz Thüringen und der Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümerversammlung Saale-Orla (HWG), am 19. Mai 2010 in die Pöbnecker Gaststätte „Ratskeller“ gefolgt.

In der lebhaften Diskussion stieß die jetzige auf Grundstückseigentümer ausgelegte Finanzierung von grundhaftem Straßenausbau und der Errichtung von Abwasseranlagen, wegen ihrer Willkürlichkeit und Überforderung von Grundstückseigentümern auf breite Ablehnung.

Frank Kuschel (MdL Fraktion DIE LINKE und Vorstandsmitglied der Bürgerallianz Thüringen e.V.) informierte über den aktuellen Stand zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) und stellte die Grundzüge des von der Bürgerallianz Thüringen e.V., Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen, eingebrachten Gesetzesvorschlags vor. Ziel des Gesetzesentwurfes ist ein realistischer Einstieg in die Abschaffung der unzumutbaren „Zwangsbeiträge“ in Thüringen, welcher der kommunalen Selbstverwaltung gerecht wird und eine tatsächliche Entlastung von Grundstückseigen-

tümern zur Folge hätte.

Die Bürgerinitiativen werden mit Nachdruck alle Fraktionen im Thüringer Landtag auffordern, den parlamentarischen Geschäftsgang des Gesetzesentwurfes positiv zu begleiten und eine für die Bürger erträgliche Gesetzesänderung im Kommunalabgabenrecht zu beschließen.

Bis zur Änderung des Gesetzes bleiben die Bürgerinitiativen vor Ort, die Bürgerallianz Thüringen e.V. und das Bürgerbüro DIE LINKE kompetente Ansprechpartner für aktuelle Fragen und Probleme bei Straßenausbau- und Abwasserherstellungsbeiträgen und den Bescheiden, wie sie bei den jetzigen Baumaßnahmen in Pöbneck „Öpitz“ der Sanierung der B281 zu erwarten sind.

Zum Schluss bedankte sich Wolfgang Kleindienst, Vorsitzender der BIRSO bei Frank Kuschel für sein Engagement im Kampf für sozial gerechte Kommunalabgaben.

Redaktion

Die Abschaffung aller Zwangsbeiträge bleibt Ziel - Sie ist die einzige mögliche gerechte Lösung. Gesetzentwurf wird als Einstieg in den Ausstieg verstanden.

### Impressum:

Herausgeber: Bürgerallianz Thüringen e.V. gegen überhöhte Kommunalabgaben  
Verlag, Druck und Vertrieb: bading-design, Am Bahnhof 8, 99330 Gräfenroda, Tel.: 036205-70007  
Verantwortlicher Redakteur: Peter Hammen, Landesgeschäftsstelle Kurhausstraße 6, 36433 Bad Salzungen, Telefon+Fax 03695 / 8534426  
Erscheinungsweise: Einmal im Quartal  
Internet: www.buergerallianz.de

## Arnstadt und Umgebung

Der Sprecherrat der Bürgerinitiativen aus dem Bereich des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt und Umgebung hat eine weitere Ausgabe des Informationsblatts „Der Widerspruch“; Regionalausgabe Arnstadt veröffentlicht. Mehr Informationen unter [www.gebuerehaengerechtigkeit.de](http://www.gebuerehaengerechtigkeit.de)

Der Sprecherrat hat sich Ende 2007 gebildet. Ihm gehören fünf Bürgerinitiativen und die Ortsverbände Arnstadt der LINKEN und der SPD an. Die Bürgerinitiativen und das

Bürgerbündnis wollen eine deutliche Reduzierung der Abwasserbeiträge erreichen. Diese betragen derzeit 3,40 EUR pro Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche und sind damit dreimal höher als im Nachbarverband Ilmenau. Die Bürgermeister in der Verbandversammlung lehnen bisher diese Forderung der Bürgerinitiativen ab. Ein Antrag für die Durchführung eines Bürgerbegehrens zur Neustrukturierung des Zweckverbandes wurde durch das Verwaltungsgericht als zulässig erklärt,

nachdem der Bürgermeister von Arnstadt den Antrag zunächst abgelehnt hatte. Jedoch legte der Arnstädter Bürgermeister Berufung ein. Beim Thüringer Oberverwaltungsgericht steht diese Beschwerde seit über einem Jahr zur Entscheidung an. Die Bürgerinitiativen klagen zudem im Rahmen eines Musterverfahrens gegen die Erhebung von Abwasserbeiträgen. Auch diese Klage liegt bereits über einem Jahr beim Verwaltungsgericht, ohne dass es bisher einen Verhandlungstermin gibt.

Frank Kuschel, Arnstadt

## Liebensteiner wehren sich gegen Erpressung des Landes

In Liebenstein (Ilm-Kreis) soll die stark sanierungsbedürftige Landesstraße grundhaft ausgebaut werden. Gleichzeitig soll die Gemeinde die Gehwege grundhaft sanieren und die Straßenbeleuchtung neu bauen. Dies würde über 600.000 EUR kosten.

Obwohl die Gemeinde völlig überschuldet ist und als nicht

mehr finanziell leistungsfähig gilt, will das Land die Gemeinde zwingen, einen weiteren Kredit in Höhe von 440.000 EUR aufzunehmen. Zudem sollen die Bürger rund 250.000 EUR Straßenausbaubeiträge zahlen. Dies hält die Mehrheit im Gemeinderat, den die Unabhängige Wählergemeinschaft/DIE LINKE stellt, für

unverantwortlich und lehnt dies ab. Jetzt will das Land die geplante Straßensanierung verschieben und macht dafür den Gemeinderat verantwortlich. Der Gemeinderat bewertet dies als Erpressung. DIE LINKE hat dieses skandalöse Verhalten des Landesstraßenbauamtes zum Gegenstand im Landtag gemacht.

Frank Kuschel, Arnstadt

## BIZ kämpft weiter für sozialverträgliche Kommunalabgaben

Die Bürgerinitiative Zeulenroda (BIZ) kämpft weiter für sozialverträgliche Kommunalabgaben und Leistungsgerechtigkeit in Zeulenroda und Umgebung. Sie wird auch in Zukunft mit ihren Mandatsträgern im Stadtrat von Zeulenroda/Triebes und dem Kreistag von Greiz eine sachgerechte, konstruktive und kritische Arbeit für ihre Bürger leisten, dabei öffentlich informieren und aufklären.

Die BIZ hat zurzeit 150 Mitglieder, die meist aus der Zeulenroda/Triebes und Langenwolschendorf, weniger aus Auma, Hohenleuben und Langenwetzendorf kommen.

In dem Rückblick auf die vergangene Arbeit verwies Siegmund Borek auf den Gewinn eines Mandates für den Kreistag von Greiz.

In der Mitgliederversammlung am 23.04.2010 wurde Siegmund

Borek als Vorsitzender bestätigt. Die Arbeit im Vorstand wird weiter von Bärbel Rentzsch als Stellvertreterin und den Vorstandsmitgliedern Volker Gielen, Jürgen Glaser, Annerose Helbing und Peter Steinbock, Dietrich Hoffmann, Siegfried Wachter und Frank Rohleder (alle Zeulenroda), Theo Besser (Langenwolschendorf), Fritz Wieduwilt (Auma), Heidrun Sedlaczik (Brückla) unterstützt.

Christiane Truschinski

## Grundstückskläranlagen noch immer benachteiligt

"Trotz anders lautender Bekundungen sind die Grundstückskläranlagen bei der Landesförderung immer noch gegenüber den zentralen Klärwerken benachteiligt", kritisiert der Kommunalpolitiker der Linksfraktion Frank Kuschel.

Das neue Thüringer Wassergesetz orientiere verstärkt auf grundstücksbezogene Kläranlagen besonders im ländlichen Raum. Deshalb müssten die kommunalen Aufgabenträger und Zweckverbände ihre Abwasserbeseitigungskonzepte überarbeiten und Grundstücke ausweisen, deren Abwässer perspektivisch nicht in zentrale Anlagen eingeleitet würden. Gegenwärtig seien etwa 250.000 Grundstücke in Thüringen noch nicht an zentrale Kläranlagen angeschlossen. Frank Kuschel nennt als Hintergrund des Umdenkens bei der Abwasserentsorgung die

enormen Investitionskosten in zentrale Kläranlagen, in die bisher 3,5 Milliarden Euro flossen. Die gleiche Summe wäre für die noch nicht angeschlossenen Grundstücke erforderlich. Hinzu kämen wachsende technische Probleme bei zentralen Abwassersystemen, "da die Abwassermenge immer geringer wird und es zunehmend zu Betriebsstörungen in den Anlagen kommt".

Unverständlich nannte Kuschel die aktuelle Förderpolitik des Landes. "Im Entwurf des Landeshaushalt 2010 sind für zentrale Abwasseranlagen Fördermittel in Höhe von über 70 Millionen Euro vorgesehen, Grundstückskläranlagen hingegen sollen nur mit 1,5 Millionen Euro gefördert werden", sagt der Abgeordnete und verweist auf die Haltung seiner Fraktion, die von der Landesregierung zumindest eine

Gleichbehandlung fordert. Während Großanlagen auch weiterhin bis zu 60 Prozent gefördert würden, betrage die Förderquote bei Grundstückskläranlagen nur rund 25 Prozent.

"Ohne Veränderung dieser Förderpraxis wird der Systemwechsel in der Abwasserpolitik scheitern", ist Kuschel überzeugt. "Sowohl die Mittel als auch die Förderhöhe für Kleinkläranlagen müssen aufgestockt werden. Im Gegenzug kann die Förderung zentraler Abwasseranlagen reduziert werden. Anderenfalls drohen weitere Gebühren- und Beitragssteigerungen. Dem Land entstehen hierfür keine höheren Kosten", stellt der Linkspolitiker abschließend klar und kündigt entsprechende Initiativen seiner Fraktion in der laufenden Haushaltsdebatte an.

Redaktion

Aktuelle Termine können sie auf der Internetseite: [www.buergerallianz.de](http://www.buergerallianz.de) entnehmen!

Wir fordern Gerechtigkeit, statt Willkür.

Vollbiologische Kläranlagen werden nicht wie zentrale Abwasseranlagen gefördert.

Kontonummer für Spenden:  
KTO: 190241  
BLZ: 84055050  
Bank: Wartburg-Sparkasse